



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Katja Keul
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Michael Roth MdB

Staatsminister für Europa

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

HAUSANSCHRIFT
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-2451
FAX +49 (0)30 18-17-3289

www.auswaertiges-amt.de
Buero.Roth@diplo.de

Berlin, den 22. Juni 2016

Schriftliche Fragen für den Monat Juni 2016
Frage Nr. 6-90

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Liebe Katja Keul,

Ihre Frage:

Aufgrund welcher Überlegungen unterstützt die Bundesregierung das am 19. Februar 2016 vom Rat der Europäischen Union beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eingelegte Rechtsmittel (Rs. C-104/16 P) gegen das Urteil des Gerichts der Europäischen Union (EuG) vom 10. Dezember 2015 (Rs. T-512/12), und in welchen Punkten weicht die rechtliche Beurteilung der Bundesregierung von der des EuG ab, insbesondere hinsichtlich der Einschränkung der Nichtigkeitserklärung von Beschluss 2012/497/EU des Rates auf die Anwendung auf die Westsahara ?

beantworte ich wie folgt:

Der Rat der Europäischen Union hat gegen das Urteil des Europäischen Gerichts vom 10. Dezember 2015, mit dem dieses die Polisario als klageberechtigt anerkannt und das Agrarabkommen für teilweise unwirksam erklärt hat, im Konsens Rechtsmittel eingelegt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich als Streithelferin auf Seiten des Rates dem Rechtsmittel angeschlossen, so wie es auch Frankreich, Belgien, Spanien und Portugal getan haben. Mit unserem Streitbeitritt wollen wir nicht nur dem Rat, sondern auch Marokko unsere Unterstützung verdeutlichen. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Marokko sind eng und freundschaftlich, und wir haben an deren Intensivierung in Anbetracht der zahlreichen Herausforderungen im Mittelmeerraum ein großes Interesse.

Die Bundesrepublik Deutschland vertritt unverändert den Standpunkt, dass der völkerrechtliche Status der Westsahara ungeklärt ist. Wir setzen uns für eine gerechte, dauerhafte und für alle Seiten annehmbare politische Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen ein.

Die Bundesregierung erteilt, ebenso wie der Rat der Europäischen Union, keine Auskünfte zu den Rechtspositionen, die in laufenden Gerichtsverfahren vertreten werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Michael R. W." with a stylized flourish at the end.